

WELTVERFOLGUNGSINDEX 2024

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
30

LÄNDERPROFIL

Nicaragua



Platz 30 / 70 Punkte (2023: Platz 50 / 65 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2022 – 30. September 2023

Überblick

Unter Präsident Daniel Ortega werden diejenigen Kirchen und Christen als destabilisierende Kräfte betrachtet, die ihre Kritik an den Handlungen der Regierung zum Ausdruck bringen. Dies macht sie zur Zielscheibe von Einschüchterung, Schikanen, Überwachung, Strafverfolgung und gewalttätigen Aktionen. Viele christliche Einrichtungen – einschließlich Universitäten und Kirchen – wurden geschlossen und enteignet. Das Ziel dabei ist, die Kirche zu »ersticken« und sie zum Schweigen zu bringen. Seit den sozialen Protesten im Jahr 2018 hat sich diese Lage immer weiter verschärft, da christliche Leiter und andere Personen der Kirche anhaltend das von der Regierung begangene Unrecht und die Menschenrechtsverletzungen angeprangert haben. Die Wahlen im November 2021 und die ihnen vorausgegangene Änderung des Wahlrechts wurden genutzt, um die christliche Gemeinde und ihre Leiter während und nach den Wahlen immer stärker einzuschränken – davon betroffen waren insbesondere diejenigen Christen, die öffentlich die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit forderten. Ebenfalls besonders betroffen und gefährdet sind diejenigen Gemeinden und Gemeindeleiter, die die Freilassung politischer Gefangener fordern, einschließlich religiöser Führungspersonen, und die den Bedürftigsten helfen.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Präsident Daniel Ortega

BEVÖLKERUNG

6.855.000

CHRISTEN

6.506.000 / 94,9 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Christlicher Glaube

STAATSFORM

Präsidentialrepublik



Hintergrund

Im Jahr 1979 ließ Nicaragua eine vier Jahrzehnte währende Diktatur hinter sich. Daniel Ortega wurde 1984 Präsident des Landes und schied 1990 aus dem Amt. Im Jahr 2006 übernahm er erneut das Präsidentenamt und ist seitdem an der Macht. Im Laufe der Jahre hat Ortega zunehmend diktatorische Züge an den Tag gelegt. Bei den Wahlen im November 2021 haben er und seine Verbündeten ihre Macht gefestigt, allerdings unter dem Vorwurf von Unregelmäßigkeiten und schweren Menschenrechtsverletzungen. Die internationale Gemeinschaft sowie multilaterale Organisationen haben den Wahlvorgang verurteilt und Sanktionen gegen Nicaragua verhängt.

Nach Schätzungen der World Christian Database sind 80,1 Prozent der nicaraguanischen Christen Katholiken. Die Gemeinden traditioneller protestantischer Kirchen wie auch freikirchlicher evangelikaler Konfessionen wachsen und gewinnen an Präsenz im Land.

Seit Beginn der sozialen Unruhen im April 2018 waren Leiter der Kirchen, vor allem aus der römisch-katholischen Kirche, am offiziellen Dialog zwischen Oppositionsgruppen und der Regierung beteiligt, zunächst als Vermittler und später als Beobachter. Jedoch beschloss die katholische Kirche im März 2019, sich nicht mehr aktiv an den Gesprächen zu beteiligen – aus Protest gegen das mangelnde Entgegenkommen des Regimes und die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen. Aufgrund dieser klaren Stellungnahme zur Situation im Land wird die katholische Kirche von der Regierung und ihren Verbündeten seither als »Staatsfeind« betrachtet. Infolgedessen waren Gemeinden und Leiter der Kirchen häufig Ziel von Vergeltungsmaßnahmen aller Art. Die Regierung Ortegas brachte dabei Gesetze zur Anwendung, die oppositionelle Stimmen unterdrücken und kriminalisieren sollen.

Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2024 hat sich die Feindseligkeit der Regierung gegenüber den Leitern der Kirchen und Gemeinden (insbesondere katholischen Bischöfen und Priestern) sowie gegenüber Kirchengemeinden, Denominationen und religiösen Organisationen weiter verstärkt. Diese wachsende Feindseligkeit zeigt sich u. a. in Verhaftungen von Vertretern der katholischen Kirche, insbesondere derjenigen, die der Regierung besonders kritisch gegenüberstehen. Ein Beispiel dafür ist Bischof Rolando Álvarez, der zu 26 Jahren und 4 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, nachdem er sich geweigert hatte, ins Exil zu gehen. Rund 222 politische Gefangene wurden im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2024 von der Regierung freigelassen, dabei aber zum sofortigen Verlassen des Landes gezwungen und anschließend für staatenlos erklärt.

Die Regierung hat die staatliche Registrierung und den rechtlichen Status mehrerer kirchlicher Einrichtungen wie zum Beispiel Universitäten aufgehoben, kirchliches Eigentum an sich gerissen, christliche Presseorgane beschlagnahmt und Priester, Nonnen und evangelikale Pastoren ins Exil geschickt. Im Berichtszeitraum gab es außerdem auch Beispiele dafür, dass der Zugang zu Kirchengebäuden blockiert wurde und so Gottesdienste

verhindert wurden, dass katholische Radio- und Fernsehsender stillgelegt wurden, dass sich Parteisympathisanten kirchlichen Gruppen anschlossen, um den Inhalt von Predigten zu überwachen, und dass Prozessionen während der Karwoche und Ostern verboten wurden. Aufgrund des Ausmaßes der Repressionen gegen die Kirche im Land wurde Nicaragua vom Außenministerium der Vereinigten Staaten als »Country of Particular Concern« (»besonders besorgniserregendes Land«) eingestuft; das heißt als Land, das für besonders schwere Verstöße gegen die Religionsfreiheit verantwortlich ist.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	6.506.000	94,9
Muslime	1.200	< 0,1
Buddhisten	7.800	0,1
Anhänger ethnischer Religionen	32.000	0,5
Juden	220	< 0,1
Bahai	13.400	0,2
Atheisten	3.300	< 0,1
Agnostiker	188.000	2,7
Andere	103.400	1,5

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Die Verfolgung findet landesweit und auf allen Ebenen statt. Die Städte mit den meisten Vorfällen von Christenverfolgung sind Granada, Jinotega, Masaya, Jinotepe, León, Matagalpa, Boaco und Estelí.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Diktatorische Paranoia

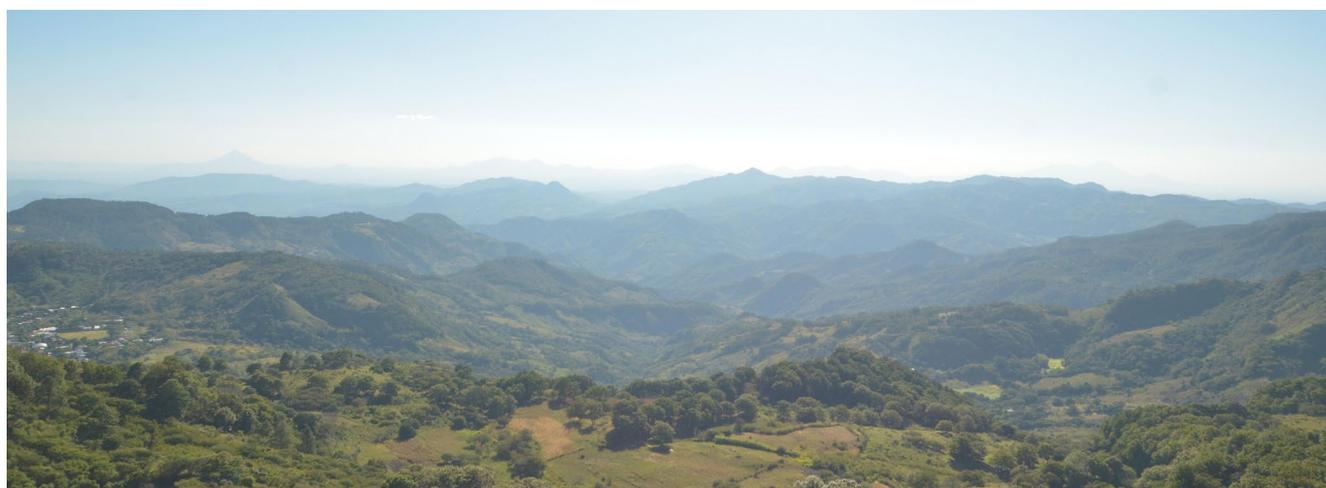
Leiter von Kirchen und Gemeinden und christliche Gruppen, insbesondere römisch-katholische, sehen sich Repressalien ausgesetzt, wenn sie das Regime anprangern und die Achtung der Menschenrechte und demokratischen Grundsätze fordern. Leiter von Kirchen und Gemeinden wurden misshandelt, bedroht, schikaniert, als Verräter und Staatsfeinde beschuldigt, verhaftet, angeklagt und verurteilt. Kirchen wurden zudem verwüstet und Gottesdienste gestört, was zu einem Klima der Angst geführt hat.

Kommunistische Unterdrückung

Die sozialistisch-kommunistische Ideologie wird in den Schulen gelehrt und den Bürgern durch staatliche Institutionen aufgezwungen, manchmal auch mit Gewalt. Neben Unterdrückung, intensiver Überwachung, Zensur und Schikanen sind Christen auch damit konfrontiert, dass Teile ihres Glaubens (religiöse Feste, biblische Bezüge) absichtlich verfälscht werden, um die Interessen des Regimes zu unterstützen. Diese Praxis wird auch in den kommunistischen Nachbarländern Kuba und Venezuela angewandt, zu denen Nicaragua enge Beziehungen unterhält.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Zusammen mit dem illegalen Drogenhandel ist auch die Korruption ein zunehmendes Problem in Nicaragua. Das Justizsystem, die Sicherheitskräfte und die öffentlichen Dienste arbeiten daran, die Anführer der Regierungspartei an der Macht zu halten, indem sie verschiedene Mittel einsetzen: Bestechung, Manipulation, politische Einflussnahme. Gewalttätige paramilitärische Gruppen (auch bekannt als »Ortega-Todesschwadronen«), kriminelle Gruppen und sandinistische



Banden arbeiten mit der Regierung zusammen, um Gegner und Dissidenten zu unterdrücken. Christen sind eine besonders gefährdete Gruppe, da sie nirgendwo Schutz finden.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen aus traditionellen Kirchen

Die römisch-katholische Kirche erlebt vielfältige Formen der Aggression und Verfolgung durch staatliche Akteure, insbesondere dann, wenn sie sich gegen die diktatorischen Maßnahmen der Regierung ausspricht. Derzeit ist sie die christliche Gruppe, die am meisten von staatlichen Repressalien betroffen ist, weil sie eine der letzten unabhängigen

Stimmen im Land ist und von der Gesellschaft als legitime Institution angesehen wird.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christliche Konvertiten sind in Nicaragua hauptsächlich ehemalige Regimesympathisanten oder Regierungsbeamte. Wenn sie Christen werden, betrachtet man sie folglich als Teil der Opposition, und sie sind so ebenfalls Anfeindungen seitens des Regimes ausgesetzt.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Zu dieser Kategorie gehören Baptisten und Pfingstgemeinden. Die Christen dieser Gruppe sind zwar eine Minderheit, werden aber auch angefeindet, wenn sie sich gegen das Regime aussprechen (vor allem, wenn sie zuvor staatliche Unterstützung bekommen haben). Die größte Gefahr für sie besteht darin, dass sie ihren legalen Status verlieren, um im Land tätig zu sein.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Privatleben

Christen werden vom Regime ins Visier genommen und bedroht, wenn sie sich auf der Grundlage ihres Glaubens kritisch über die Politik der Regierung äußern, auch in den sozialen Medien. Das Sondergesetz zur Cyberkriminalität (eingeführt im Jahr 2020) bestraft diejenigen, die regimекritische Inhalte im Internet veröffentlichen, was bei vielen zu einer Selbstzensur geführt hat. Wenn ein Christ als Regimekritiker bekannt ist, kann es außerdem vorkommen, dass die

Angehörigen seiner (Groß-)Familie von der Regierung verhört werden. Dies wiederum hat dazu geführt, dass Familienmitglieder Informationen über die Aktivitäten und Treffpunkte ihrer christlichen Verwandten an die Regierung weitergeben. Treffen mit anderen Christen können als Verschwörung gegen das Regime ausgelegt werden, insbesondere unter katholischen Christen und in Masaya, Matagalpa und León. Versammlungen von Christen wurden von staatlichen Akteuren überwacht oder gestört, und Autos wurden fotografiert.

Nicaraguaner dürfen in der Regel Bibeln und andere religiöse Materialien besitzen, in staatlicher Haft ist dies jedoch nicht gestattet.

Familienleben

Bildungsprogramme in den Schulen indoktrinieren schon kleine Kinder mit der Ideologie des Regimes. Kinder werden gezwungen, Fahnen und Transparente zu tragen, die das Regime preisen, und an regierungsfreundlichen Kundgebungen teilzunehmen. Wenn Eltern versuchen, ihre Kinder vor staatlicher Propaganda zu schützen, werden sie als Regimegegner angesehen und sind Repressalien und sozialem Druck ausgesetzt. Ihre Kinder werden diskriminiert und misshandelt und als »Kinder von Terroristen« oder »Putschisten« abgestempelt. Regimekritische Christen sind der Gefahr von Entführung, willkürlicher Verhaftung und Inhaftierung ausgesetzt. Viele waren gezwungen, aus ihrem Heimatort oder sogar dem Land zu fliehen, was zu einer langfristigen Trennung der Familien führte.

Gesellschaftliches Leben

Christen werden unter Druck gesetzt, an staatlichen Propagandaveranstaltungen teilzunehmen. Dort werden die Regierungspartei hoch gepriesen und der Präsident und seine Frau (gleichzeitig Vizepräsidentin des Landes) als fast schon messianische Figuren verehrt. In einem solchen Kontext wird kirchliches Engagement oder sogar jegliche Verbindung mit Leitern der Kirchen und Gemeinden als Zeichen des Verrats an der Nation angesehen. Das Regime ist auch dafür bekannt, dass es »religiöse Veranstaltungen« ohne die Beteiligung von kirchlichen Leitern organisiert, um diese zu diskreditieren und die Christen zu verwirren.



In ähnlicher Weise werden Christen am Arbeitsplatz (besonders im öffentlichen Sektor) unter Druck gesetzt, an regierungsfreundlichen Veranstaltungen teilzunehmen und ihre christlichen Ansichten aus Angst vor Repressalien zu verschweigen. Studenten, die mit christlichen Regimegegnern oder bestimmten »unliebsamen« Leitern der Kirchen und Gemeinden in Verbindung stehen, werden von regimetreuen Akademikern und Verwaltungsangestellten schikaniert: Sie werden von der Hochschule suspendiert oder verwiesen oder unter dem Vorwurf des Terrorismus der Polizei übergeben.

Leben im Staat

Wer auch nur mit der Opposition in Verbindung gebracht wird (beispielsweise durch Äußerungen oder Bilder), gerät ins Visier des Regimes. Sogar politische Neutralität kann als Opposition verstanden werden, da sie das Regime nicht verteidigt. Die einzige politische Partei, die ungehindert arbeiten kann, ist die Regierungspartei des Regimes, die »Sandinistische Nationale Befreiungsfront«. Christen, die versucht haben, ein christliches politisches Bündnis zu gründen, um an demokratischen Wahlen teilzunehmen, sind auf Einschränkungen gestoßen. Christliche zivilgesellschaftliche Organisationen sehen sich mit einem neuen Gesetz konfrontiert, das jede politische Opposition gegen das Regime als staatsfeindlich einstuft, wobei sie mitunter sogar der Planung eines Putsches mit ausländischer Hilfe beschuldigt werden. Diese Maßnahmen haben dazu geführt, dass die Zivilgesellschaft fast verschwunden ist. Die Kontrolle des Regimes über die Medien, darunter auch Social Media, ermöglicht es, Christen so darzustellen, als seien sie Terroristen und Verräter, die einen Staatsstreich planten – wodurch ein Klima der Intoleranz gegenüber der Kirche gefördert wird. Angriffe auf Christen werden nicht strafrechtlich verfolgt oder bestraft, was Straffreiheit für die Täter und Stabilität für das Regime gewährleistet.

Kirchliches Leben

Viele Kirchen und die ihnen angeschlossenen Einrichtungen stehen in der ständigen Gefahr, dass ihnen ihr rechtlicher Status aberkannt wird und ihnen Genehmigungen und Zulassungen verweigert werden. Damit soll gezielt die Rolle der Kirche in der humanitären und medizinischen Hilfe untergraben und die Abhängigkeit der Menschen vom Staat erhöht werden. Angesichts der ständigen Schikanen (einschließlich Reisebeschränkungen) und Repressalien vor allem gegen katholische Leiter der Kirchen und Gemeinden, ist es sehr riskant, die Regierung als Verfolger der Kirche anzuprangern.

Beispiele für Auftreten von Gewalt

- Am 9. Februar 2023 wurde Bischof Rolando Álvarez, der seit August 2022 in Haft ist, zu 26 Jahren und 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Das Urteil wird begründet mit »Untergrabung der nationalen Integrität, Verbreitung von Falschnachrichten durch Informationstechnologie, Behinderung von Amtshandlungen, schwerem Ungehorsam gegenüber beziehungsweise Missachtung der Staatsgewalt, all dies zum Schaden der Gesellschaft und des Staates der Republik Nicaragua«. Er sitzt im Gefängnis »La Modelo« in Isolationshaft.
- Im Mai 2023 wurde der Zugang zu Bankkonten verschiedener Diözesen und Kirchen von den Behörden gesperrt. Die Polizei erklärte, sie sei über »illegale Aktivitäten bei der Verwaltung von Geldern und Ressourcen auf Bankkonten informiert worden, die Personen gehörten, die wegen Verrats verurteilt worden sind«.
- Einer der größten Kritiker des diktatorischen Regimes, der Priester Harving Padilla, stand bereits seit 16 Monaten im Priesterseminar »La Purisima« in Managua unter Hausarrest und wurde von der Polizei bewacht, als ihm im September 2023 die Flucht ins Ausland gelang.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2024	30	70
2023	50	65
2022	61	56
2021	63	51
2020	72	41

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Auch in diesem Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex hat die Verfolgung in Nicaragua weiter zugenommen. Der starke Anstieg um fünf Punkte in der Gesamtwertung ist vor allem auf die Zunahme des Drucks in allen Lebensbereichen zurückzuführen. Die Rechtsstaatlichkeit zerfällt weiter. Das zeigt sich darin, dass die Staatsmacht durch die Ortega-Diktatur gleichgeschaltet und der Rechtsrahmen manipuliert



wurde. Nun können Akteure der Zivilgesellschaft, die nicht mit den politischen Interessen des Regimes übereinstimmen, zum Schweigen gebracht und verschwinden gelassen werden. Die Schikanen und der Versuch, der Kirche die Luft abzuschneiden, nahmen im Berichtszeitraum zu. Das ging so weit, dass Leiter von Kirchen und Gemeinden strafrechtlich verfolgt und inhaftiert wurden. Damit soll Vergeltung dafür geübt werden, dass die Kirche und ihre Leiter im Kontext der Wahlen öffentlich auf die Einhaltung von Rechtsstaatlichkeit gedrängt haben und dass sie denjenigen halfen, die am meisten in Not waren, einschließlich derer, die von der regierenden Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront als Gegner betrachtet werden.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Nicaraguas rechtlicher Rahmen gewährt Glaubensfreiheit, freie Religionsausübung sowie Freiheit zum Gottesdienst und fördert die gleichberechtigte Teilhabe von christlichen Frauen in allen Bereichen der Gesellschaft. Im »Gender Gap Report« des Weltwirtschaftsforums für das Jahr 2022 belegt Nicaragua den siebten Platz in Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter und gehört zu den führenden Ländern in Bezug auf den Bildungsstand von Frauen und ihre politische Teilhabe. Das harte Vorgehen der Regierung gegen die politische Opposition hat jedoch dazu beigetragen, dass die bürgerlichen Freiheiten von Frauen immer stärker eingeschränkt werden, besonders die von Christinnen und vor allem von Katholikinnen, die sich dem Regime widersetzen. Außerdem werden Nichtregierungsorganisationen, die sich für die Rechte von Frauen einsetzen, gezwungen, ihre Arbeit einzustellen.

Männer: Verbale Beleidigungen, Morddrohungen oder die Zerstörung religiöser Gegenstände: Ein erheblicher Teil der Anfeindungen durch die Regierung und regierungsnahen Gruppen richtete sich gegen katholische Priester, Bischöfe und andere Leiter der Kirchen und Gemeinden und damit zu meist gegen Männer. Politiker wie der Präsident bezeichneten die katholischen Geistlichen in Nicaragua als »Mörder« und »Putschisten«, die den »amerikanischen Imperialismus« propagieren würden. Leiter von Kirchen und Gemeinden, die der Regierung kritisch gegenüberstehen, werden zur Flucht gezwungen oder verhaftet und unter falschen Anschuldigungen zu langen Haftstrafen verurteilt. Auch Institutionen, die mit Regimegegnern in Verbindung stehen, werden von der Regierung mit harten Sanktionen belegt.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Laut dem Bericht zur Religionsfreiheit des US-Außenministeriums zu Nicaragua wurden keine Fälle von Verfolgung nicht christlicher religiöser Gruppen gemeldet.

Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Nicaragua hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Nicaragua kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christen und ihre Aktivitäten werden durch die Behörden und das gesellschaftliche Umfeld überwacht (ICCPR Art. 17)
- Christliche Leiter und ihre Aktivitäten werden gezielt überwacht (ICCPR Art. 17)
- Die Täter von gewaltsamen Übergriffen gegen Christen werden manchmal nicht bestraft (ICCPR Art. 2)

Wann Open Doors von Christenverfolgung spricht

Das überkonfessionelle christliche Hilfswerk Open Doors unterstützt seit 1955 verfolgte Christen, mittlerweile in mehr als 70 Ländern. Zudem dokumentiert Open Doors, in welcher Intensität und in welchem Umfang Christen in ihren Heimatländern aufgrund ihres Glaubens Verfolgung, Diskriminierung und Rechtsverletzungen ausgesetzt sind.

Christen werden wegen ihres Glaubens an Jesus Christus verfolgt und diskriminiert:

- 1. DIREKT** durch Regime, politische, religiöse und kriminelle Gruppen, durch die Gesellschaft und die eigene (Groß-)Familie: in Form von Razzien, Verhaftungen, Folter, Verurteilungen ohne fairen Prozess und aufgrund falscher Anschuldigungen, Überwachung, Gewalt gegen Christen und ihre Kirchen und Einrichtungen, Plünderung, Raub, Versklavung, Schläge, Tötungen, Diskriminierung im Arbeits- und Bildungsbereich und vieles mehr;
- 2. INDIREKT** durch Regime, die die Rechte der Christen nicht schützen.

Open Doors spricht von Verfolgung und Diskriminierung von Christen, wenn ihr Recht auf Religions- und Glaubensfreiheit verletzt und/oder nicht geschützt wird oder ihnen das Recht verweigert wird, ihren Glauben auszuüben.

Die Bilder in diesem Länderprofil wurden zu Illustrationszwecken verwendet.

Open Doors Österreich

Karl-Popper-Straße 16

T 01 253 17 02

E info@opendoors.at · I www.opendoors.at

Medienkontakt

Monika Chap-Rabenau

E monika.chap-rabenau@opendoors.at



Open Doors

Im Dienst der verfolgten Christen weltweit